

Waltherstr. 16a, 80337 München

Podium mit Politiker-
Innen am 11.7.

Deutschland/Bayern
vor der Wahl

laden



Gesundheits Rundbrief

Nummer 1/2013
34. Jahrgang

Berichte · Dokumentationen · Veranstaltungshinweise

**GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM**

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

www.gl-m.de
E-Mail: mail@gl-m.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

**PatientInnenstelle
München**
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 17 - 20 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr

**UPD Beratungsstelle
München für Oberbayern**
Tel: 089 / 18 91 37 22
Mo 9 - 13, Di 14 - 18,
Mi 15 - 19, Do 10 - 14 Uhr

**Unabhängige Patienten-
beratung Schwaben**
Tel. 0821/ 209 203 71
Afrwald 7, 86150 Augsburg
Mo 9 - 12 Uhr

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 700 205 00
Kontonummer 88 87 800

INHALT :

Der Verein **2**
GL-Intern, Termine **3**
Filmfestival **4**
GL-Aktivitäten **5**
Verein, Termine **6**
Rezensionen **7**
Ärger mit der Kasse **8**
PatientInnenseite **9,10**
Vertrag **10**
Rechte psychisch Kranker **11**
Tag gegen Lärm **12,13**
UPD **14,15**
VDÄÄ **15**
BAGP-Rundbrief **16**



Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 2/2013

01.08.2013

Verantwortlich für

Inhalt und Layout:

Michael Bialek, Peter Friemelt, Anja Geisen-dorff, Anna Hochr-euter, Jürgen Kretsch-mer, Christina Krieger, Waltraud Kröner, Sarah Kurzak, Gunhild Preuß-Bayer, Adelheid Schulte-Bocholt. Namentlich gekenn-zeichnete Artikel liegen in der Verantwortung des/der jeweiligen AutorIn, sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redakti-on wieder.

Belichtung & Druck:

ulenspiegel druck gmbh, Andechs, zertifiziertes Umwelt-management nach EMAS, Recyclingpapier

Impressum:

Der Rundbrief ist das Organ des Gesundheitsladen München e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der
Landeshauptstadt
München
Referat für Gesundheit
und Umwelt
und des §65b SGB V



Materialien

- **Rundbrief** ☐
4 mal im Jahr mit Beiträgen aus der Vereinsarbeit und aktu-ellen Gesundheitsthemen. Jahresabo incl. Porto 8,- €
- **Broschüren**
3,-€ (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Patientenrechte - Ärztepfl-ichten, Neuauflage 2013** ☐
3,50 € (+ Porto + Verpackung 1,-€)
- **Informationen rund um die Versorgung mit Zahnersatz** ☐
0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Zahnersatz 2005: Befundorientierte Festzu-schussregelung** ☐
- **Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht** ☐
- **Einsichtsrecht in Patientenunterlagen** ☐
- **Die ärztliche Aufklärung** ☐
- **Gesetzlich versichert - privat bezahlen?** ☐
- **Gesundheitsreform 2007** ☐
- **Konflikte mit der GKV** ☐
- **Gesundheitsfonds 2009** ☐
- **Arbeitsunfähig - was tun?** ☐
- **Gesundheitsreform 2011 - Was ändert sich?** ☐
- **Hilfsmittelinfo** ☐
- **Satzung** ☐
- Bei Bestellungen unter 3,- € bitte Betrag in Briefmarken bei-legen!

Alle genannten Materialien sind für Mitglieder kostenlos.

Angebote

Information

Gesammelt und weitergegeben werden Informationen über Ein-richtungen, Selbsthilfegruppen, Veranstaltungen, Bücher und Zeitschriften. Es gibt eine Biblio-thek, einen PC für Recherche und das Archiv.

Kooperation

Wir arbeiten mit anderen Initiati-ven und Facheinrichtungen kom-munal, regional und bundesweit zusammen. Besonders intens-iv begleiten wir die Arbeit der Patientenfürsprecher/innen in den städtischen Kliniken.

Arbeitskreise

Wir beschäftigen uns unter an-derem mit folgenden Themen: Lärmaktionsplan und Tempo 30, Hören und Schutz der Ruhe, Selbst-hilfegruppe Recherchen am Com-puter, autofreies Wohnen, Die Arbeitskreise sind für alle offen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Pres-seerklärungen und Terminhinweise, den Rundbrief u.a. in digitaler Form und Links zu anderen Einrichtungen.

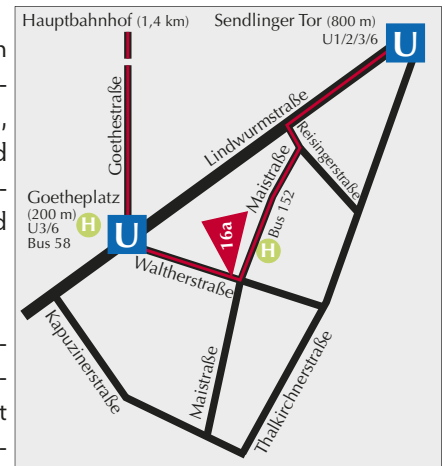
Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände,

Telefonsprechstunde Beschwerdestelle Netzwerk Psychiatrie:

Jeden 1. + 3. Montag im Monat, 16-18 h unter Tel.: 7677 6485. Zu den übrigen Zeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet. Es erfolgt Rückruf.

Wegweiser



Herausgabe unserer Zeitschrift, weiterer Texte und Ausstellungen.

Patientenberatung

Die Patientenstelle München, und die Unabhängige Patientenbera-tung München für Oberbayern, sowie die Unabhängige Patienten-beratung Schwaben bieten un-abhängige Beratung, Information und Orientierung.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadt-weit machen wir Angebote zur Ver-besserung der Lebenssituation. Wir organisieren Veranstaltungen zum »Tag gegen Lärm« und arbeiten bei „Wohnen ohne Auto“ mit.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere, 10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

BLZ:

Kontonummer:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

**Podium mit Politiker-
Innen am 11.7.
Deutschland/Bayern
vor der Wahl**

Liebe Freundinnen und Freunde,

Alles **Neu** macht der Mai ...?! Nein - im Gesundheitsladen gibt's Neues nicht erst mit der Frühlingsblüte.

Kaum war das „neue“ Patientenrechte-Gesetz in Kraft getreten, waren alle Neuerungen auch schon in eine aktuelle Ausgabe unserer Broschüre eingearbeitet. Sie liegt druckfrisch vor und geht weg wie warme Semmeln; siehe Seite 5.

Ein „**neuer**“ **Drei-Jahres-Vertrag** für 2014 - 2016 mit der LHM wird verhandelt; siehe Seite 10.

Ein „**neuer**“ **alter Vorstand** wurde auf der diesjährigen Mitglieder-Versammlung im April (wieder-)gewählt; siehe Seite 6.

Ein wichtiger Aufruf zu „**neuen**“ **Hilfskräften** ist aus Platzgründen auf Seite 6 zu finden!

Zwei **wirklich „neue“ Unterstützerinnen** haben wir in den beiden Praktikantinnen Anna Hochreuter und Isabelle Erhardt:



Hallo, mein Name ist Anna Hochreuter, ich habe in Augsburg Jura studiert und mich dabei auf das Bio-, Gesundheits- und Medizinrecht konzentriert.

Im Gesundheitsladen München e.V. konnte ich mein Wissen u.a. in die neue Info-Broschüre „Patientenrechte-Ärztepflichten“ mit einfließen lassen. Momentan wirke ich bei der Überarbeitung der BAPG-Kurzinfos zum „Einblicksrecht in die Patientenakte“ und „Die ärztliche Aufklärung“ mit.

Weitere Neuigkeiten aus dem dynamischen Team:

Waltraud Kröner ist seit 1. Februar wieder mit mehr Stunden im Münchner Team dabei.

In der RBS werden Carola Sraier und Petrit Beqiri im Juni aus der Elternzeit bzw. dem Pausen-Jahr zurückkehren.



Hallo, mein Name ist Isabelle Erhardt, ich bin Studentin der Sozialen Arbeit an der Katholischen Stiftungshochschule München und absolviere im Gesundheitsladen

mein Praktikum. Bereits im letzten Jahr habe ich hier für drei Wochen Praxiserfahrung sammeln dürfen. Da mir die Arbeit in diesem multiprofessionellen Team so viel Freude bereitet hat, bin ich seit dem 11.02.2013 bis einschließlich 12.07.2013 im Rahmen meines Praxissemesters hier wieder tätig.

Michael Bialek, den wir nur ungern gehen lassen, wird im kommenden Monat ein neues Wirkungsfeld antreten.

Immer was los! So soll es auch sein - Stagnation ist der Anfang vom Ende. Euch wünschen wir sonnige Monate; siehe Titelseite.

Euer GL-Team

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
05.06.13 14.30 Uhr	Vortrag: Au Backe - worauf muss ich als KassenpatientIn achten, wenn ich zum Zahnarzt gehe?	ASZ Thalkirchen	Emil-Geis-Str. 35	Tel. 089 741277922
06.06.13 17 Uhr	Vortrag: Au Backe - worauf muss ich als KassenpatientIn achten, wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565
20.06.13 11-15 Uhr	Kooperations-Veranstaltung „Tag der Darmgesundheit“	Donna Mobile in Kooperation u.a. mit dem Gesundheitsladen	Landsberger Straße 45 siehe Seite 6!!	Tel. 089 772565 oder Tel. 089 505005
27.06.13 17 Uhr	Vortrag: Gesetzlich versichert - privat bezahlen?	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
11.07.13 18:30 Uhr	Deutschland und Bayern vor der Wahl - Podiumsdiskussion mit PolitikerInnen	Gesundheitsladen, Selbsthilfezentrum VDÄÄ u.a.	Bayerischer Rundfunk Rundfunkplatz 1 siehe Seite 6!	Tel. 089 772565 www.gl-m.de
25.07.13 17 Uhr	Vortrag: Patientenrechte - Ärztepflichten	Gesundheitsladen München e.V.	Waltherstr. 16a	Tel. 089 772565
30.07.13 14 Uhr	Vortrag: Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	ASZ Laim	Kiem-Pauli-Weg 22	Tel. 089 575014

„überall dabei,, - Das inklusive Filmfestival der Aktion Mensch



Das fünfte Filmfestival der Aktion Mensch mit dem Titel „überall dabei“ zeigte vom 20. September 2012 bis zum 8. Mai 2013 in 40 Städten in ganz Deutschland sechs ausgewählte Spiel- und Dokumentarfilme zur Inklusion von Menschen mit Behinderung. „überall dabei“ war auch in München und der GL war Filmpartner.

Inklusion

Die Film-Beiträge machten Inklusion, also das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung, zum Thema und förderten Begegnung und Austausch zwischen ihnen. Die gezeigten Dokumentationen regten zum Nachdenken an, machten Hoffnung und provozierten. Das alles geschah auch mit dem Ziel, eine Diskussion zu den Themen Inklusion, Vielfalt und Veränderung anzuregen - was auch gelang.

Neben einer zahlreichen Teilnahme an den Filmen, begleitete eine groß angelegte Presseberichterstattung v.a. der Münchner Abendzeitung das Filmfestival in München.

„Aktion Mensch“ setzte mit dem Filmfestival Inklusion gleich praktisch um, und zwar über:

- die barrierefreie Organisation
- die Bereitstellung von Audiodeskriptoren für sehbehinderte Menschen
- das Zeigen von Untertiteln für hörbehinderte Menschen und eine spezielle Tonspur für Schwerhörige zu den Filmen
- die Begleitung der anschließenden Diskussionen mit Gebärdensprachdolmetschern für Gehörlose.

Auch der Gesundheitsladen beteiligte sich

Wir waren bei der Eröffnungsfeier dabei, schauten diverse Filme an und nahmen als Filmpartner und Mitdiskutant(in) an der Filmbesprechung zum schwedischen Dokumentationsfilm „Zwillingsbrüder - 53 Szenen einer Kindheit“ teil, die nach der Vorführung stattfand.

Als Zwillings-Schwester, Mutter eines Kindes mit einer Behinderung und als Patientenberaterin, die viel mit Menschen zu tun hat, die aufgrund von Einschränkungen und Behinderungen für ihre Rechte im Gesundheitswesen kämpfen müssen, schien ich die Geeignete für die Teilnahme an der Film Diskussion zusammen mit anderen geladenen Einrichtungen zu sein.

Der Film „Zwillingsbrüder“:

- Ein ungewöhnliches Porträt von Zwillingen aus Südschweden, die bis zu ihrem 19. Lebensjahr mit der Kamera begleitet wurden.

- Die Hauptdarsteller ähneln sich sehr und haben vielen Gemeinsamkeiten. Dabei sind sie doch so unterschiedlich - Oskar ist kleinwüchsig.
- Bemerkenswert und sehr offen, ein Film über das Erwachsen-Werden, der individuellen Suche nach Identität, über Zweifel und Ängste, Wut und Freude der beiden Hauptdarsteller, in dem die körperliche Einschränkung des einen offensichtlich da ist, aber nie im Zentrum steht.

Persönliches Fazit

Der Film hat mich nicht zuletzt vor dem Hintergrund meinen eigenen Erfahrungen sehr berührt. Die Unterschiedlichkeit der beiden Zwillingsbrüder ist so unspektakulär und so beruhigend normal. Wichtig sind die Persönlichkeiten der beiden jungen Menschen und deren Entwicklung und nicht das Anders-Sein.

Wie sehr würden wir alle profitieren von einer Gesellschaft, in der ein Miteinander selbstverständlich und Unterschiede normal sind.

Das Filmfestival gibt Hoffnung dahin.

Adelheid Schulte-Bocholt



Isabelle Erhardt (Praktikantin GL) und Christa Porer

gesundheit

ABENDZEITUNG MONTAG, 29. APRIL 2013

Die Rechte der Patienten

Nur wer gut informiert ist, kann selbstbewusst mitreden: Dafür streitet der Gesundheitsladen München seit 30 Jahren und berät Betroffene

Sie haben den Verdacht, dass bei einer ärztlichen Versorgung etwas schief gelaufen ist? Ihre Krankenkasse bereitet schon wieder Schwierigkeiten bei der Übernahme der Behandlungskosten? Oder hat Ihnen ein Arzt etwa eine Rechnung über Zusatzleistungen geschickt, die Sie nie bestellt haben? Dann sind Sie beim Team vom Gesundheitsladen München an der richtigen Adresse.

„Patienten müssen ihre Rechte kennen“, sagt Peter Friemelt zur AZ: „Nur informierte Patienten können souverän mit den Angeboten von Ärzten und Kassen umgehen und selbstbestimmte Entscheidungen treffen“, weiß der Geschäftsführer des Gesundheitsladens aus seiner langen Erfahrung als Patientenberater.

Seit über 30 Jahren bietet der gemeinnützige Verein unabhängige, telefonische und persönliche kostenfreie Beratung, Vorträge zu patientenrelevanten Themen, patientenverständliche Informationsbroschüren und Orientierungshilfen im Gesundheitswesen an. Der Gesundheitsladen lädt aber auch regelmäßig zu Informationsveranstaltungen und beteiligt sich an wichtigen gesundheits- und gesellschaftspolitischen sowie kulturellen Projekten in München – wie zum Beispiel aktuell am inklusiven Filmfestival „überall dabei“, das noch bis zum 1. Mai im Monopol Kino stattfindet (AZ berichtete, siehe unten).

„Unsere Arbeit ist deutlich mehr geworden, die Nachfrage von Patienten nach unabhängiger Beratung ist in den letzten Jahren stark angestiegen“, sagt Friemelt in AZ-Gespräch: „Es gibt wesentlich mehr Konflikte mit Ärzten, aber in letzter Zeit häufen sich auch die Fälle mit Krankenkassen.“ Besonders häufig sind dabei Konflikte um (zu hohe) Zahnarztrechnungen, die Verweigerung der Leistungsübernahme von Krankenkassen



Adelheid Schulte-Bocholt und Peter Friemelt vom Gesundheitsladen präsentieren die neue Broschüre „Patientenrechte – Arztspflichten“.

und zunehmend der Streit um saftige Arztrechnungen über Zusatzleistungen für so genannte „Igel-Leistungen“. Dabei hat sich die gesetzliche Situation für Patienten an diesem Punkt eindeutig verbessert: Zusatz- bzw. Privatzahlungen von gesetzlich Versicherten müssen klar geregelt sein – dazu gehört eine genaue Aufklärung durch den Arzt und ein schriftlicher Vertrag. Arztrechnungen, die im Nachhinein ohne vorherige Aufklärung und eine Vereinbarung in Schriftform an Patienten

verschickt werden, sind nicht gültig.

Auch weitere Patientenrechte sind deutlich gestärkt: Jeder Patient hat ein uneingeschränktes Einsichtsrecht in seine Patientenunterlagen“, so Friemelt. Nur in manchen Bereichen der Psychiatrie gibt es kontrollierte Ausnahmen.

■ Der Servicetipp: Im Gesundheitsladen erhalten Sie die aktualisierte Neuauflage der Infobroschüre „Patientenrechte – Arztspflichten“. Ab sofort in der Beratungsstelle für 3 Euro plus Porto erhältlich (siehe



Der Eingang zum Gesundheitsladen München in der Waltherstraße: Hier bekommen Patienten Informationen und kostenlose Beratung.

Kasten). In der Broschüre wird Interessierten auch das am 26. Februar in Kraft getretene Patientenrechtegesetz erklärt. ■ **Donnerstag, 2. Mai, 19 Uhr:** Infoabend zu Feinhörigkeit, Geräuschüberempfindlichkeit

SERVICE

Aufklärung, Aktionen und Rechtsberatung

Der Gesundheitsladen München befindet sich in der Waltherstr. 16 a – ganz in der Nähe vom Goetheplatz. Infos unter ☎ 089/77 25 65 und Fax: 089/72 50-474.

Der Gesundheitsladen ist Träger von drei Beratungsstellen: Die Patientenstelle München für Ratsuchende aus München: ☎ 089/77 25 65, Beratung: Mo 17 bis 20 Uhr sowie Mi, Do und Fr von 10 bis 13 Uhr. Weitere Infos unter www.gl-m.de im Netz.

Die Unabhängige Patientenberatung Schwaben erreichen Sie montags 9 bis 12 Uhr: ☎ 0821/20 92 03 71.

Die Unabhängige Patientenberatung Oberbayern für Ratsuchende aus der Region: ☎ 089/18 91 37 22. Sie bietet Beratung von Mo 9 bis 13 Uhr, Di 14 bis 18 Uhr, Mi 15 bis 19 Uhr und Do 10 bis 14 Uhr. mb

Druckfrisch !

Unsere bewährte Broschüre „Patientenrechte – Arztspflichten“ wurde komplett überarbeitet und ist im April erschienen.

„Habe ich ein Recht auf Einsicht in meine Krankenakte? Worüber muss ich aufgeklärt werden? Gibt es ein Recht auf eine zweite Meinung? Was kann ich tun, wenn bei der Behandlung etwas schief gelaufen ist?“ Diese und weitere Fragen finden in der Broschüre eine Antwort.

Am 26. Februar 2013 trat das Patientenrechtegesetz in Kraft, in dem die Rechte und Pflichten zwischen ÄrztInnen und PatientInnen im Bürgerlichen Gesetzbuch und Sozialgesetzbuch V niedergeschrieben wurden. In der Neuauflage unserer bewährten „Patientenrechte – Arztspflichten“-Broschüre sind die Regelungen der Patienten-Arzt-Beziehung eingearbeitet und verständlich erläutert.

Abholung und Bestellung:

Gesundheitsladen München e.V.
Waltherstr. 16 a, 80337 München,
Tel: 089/772565, Fax: 089/7250474
mail@gl-m.de

Schutzgebühr 3,- € je Exemplar
zzgl. Versand- und Portokosten

Artikel aus der Münchner Abendzeitung (AZ) vom 29. April 2013: www.abendzeitung-muenchen.de/

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Das Thema „selbstbestimmt Leben“ stand beim diesjährigen Europäischen Gleichstellungstag im Mittelpunkt.

Am 7. Mai 2013 informierten Menschen mit und ohne Behinderung. Der GL teilte sich mit den Münchner Gesundheitsinitiativen einen Stand auf dem Marienplatz. Das Wetter hielt, es wurde nachgefragt, informiert und beraten.

Ein Dank gilt „unserer“ Christa Porer (GL-Vorstandsmitglied und Ansprechperson der SH Zöliakie) für die Organisation, den Transport unserer Materialien und die gute Laune.



Isabelle Erhardt, Gunhild Preuss-Bayer und Adelheid Schulte-Bocholt

Mitgliederversammlung 2013

Am 23. April fand die alljährliche Mitgliederversammlung statt. Neben den abzuarbeitenden Formalien wie: Berichten vom Team, dem Vorstand und dem Kassenprüfer, der Entlastung und Neuwahl des Vorstands gab es auch zwei – ich nenne sie mal „highlights“: Die Ehrung von Martina Schmid und einen inhaltlichen Teil zum Patientenrechtegesetz.

Der alte - neue Vorstand

Christa Porer, Dr. Peter Scholze, Dr. Gerhard Schwarzkopf, Dr. Thomas Schüren und Pavlos Delkos, unser bewährtes Vorstands-Team wurde wiedergewählt. Auf diesem Wege noch einmal ein herzliches Dankeschön für das Engagement, die Unterstützung und das Vertrauen in uns als Team. Der GL wäre nicht das, was er ist, wenn er nicht solch engagierte Vorstände hätte.



Martina Schmid

Ehrung

Team und Vorstand haben sich vorgenommen, jedes Jahr Personen bei der Mitgliederversammlung zu ehren, die sich in besondere Weise um den GL verdient gemacht haben.

Christa Porer übernahm dieses Jahr im Namen von Team und Vorstand die Ehrung von Martina Schmid, die nach 10 Jahren 2012 aus der aktiven Vorstandschaft im GL ausgeschieden war.

Mit einer kurzen Zusammenfassung ihrer Geschichte im GL, Blumen, dem

Goldenen Schlingli und einem kleinem Geschenk sagten wir für ihre besonderen Verdienste für den Gesundheitsladen „DANKE!“.

Patientenrechtegesetz

Das am 26.2.2013 in Kraft getretene Patientenrechte-Gesetz wurde inhaltlich kurz vorgestellt und von Rechtsanwalt Wolfgang Putz kommentiert. Seinen sehr aufschlussreichen und kritischen Schilderungen aus Sicht des Praktikers (W. Putz ist schon seit 30 Jahren im Arzthaftungsrecht tätig) hätte man noch wesentlich länger folgen können, aber die Zeit war begrenzt. Auch ein herzliches Dankeschön an Herrn Putz für sein Kommen und seine Einschätzungen, die er mit uns teilte.

Da es am gleichen Abend auch die Live-Übertragung des Champions-League Spiels Bayern München gegen FC Barcelona gab, das war bei der Terminwahl für die Mitgliederversammlung **nicht** (!) absehbar gewesen, freuten wir uns sehr über eine rege Teilnahme – Danke dafür den Anwesenden!

Adelheid Schulte-Bocholt für's Team

Wichtiges!

Zum „Tag der Darmgesundheit“ am **20. Juni** lag das detaillierte Programm bei Drucklegung des Rundbriefes noch nicht vor. Bitte bei uns im GL oder bei Donna Mobile nachfragen und auf entsprechende Hinweise achten.

Am **11. Juli, 18.30 Uhr Veranstaltung „Deutschland und Bayern vor der Wahl - Podiumsdiskussion mit PolitikerInnen“**. Ort: Rundfunkhaus des Bayerischen Rundfunks, Arnulfstr. Die Moderation macht Nikolaus Nützel vom BR. Es wird zwei Themenblöcke geben:

- Finanzierung (Bürgerversicherung, Kopfpauschale oder ganz anders)
- Patient im Mittelpunkt? Patientenorientierung, Patientenrechtegesetz, Patientenberatung, Patientenbeteiligung

Pro Block ist eine gute Stunde vorgesehen.

Veranstalter: Gesundheitsladen, Selbsthilfezentrum, VDÄÄ und andere

Neue Hilfskräfte gesucht



Wir suchen dringend Freiwillige, die unseren Außendienst-Mitarbeiter Peter Friemelt unterstützen und zusammen mit ihm vor Ort in unermüdlichem Einsatz nach gesundheitsrelevanten The-

men für den nächsten Rundbrief tauchen ... (Bild links)

Tatsächlich handelt es sich hier um einen Urlaubsgruß aus dem warmen Kampanien von Peter.

Er erreichte uns Dahoam-Gebliebene just in dem Augenblick, als wir bei heimatlichen sibirischen Temperaturen und Schneeregen in unübersehbare Berge von Papieren, Broschüren und Flyern für den Gang zum Postamt eintauchten. (Bild unten) W.K., G.P.



Podium mit PolitikerInnen am 11.7.
Deutschland/Bayern vor der Wahl

Detaillierte Einladung folgt!!!



Garantiert Gesundheitsgefährdend – Wie uns die Zucker Mafia krank macht
Droemer Verlag, 2013, Hans-Ulrich Grimm; 18 € ISBN 978-3-426-27588-7

Als Mutter eines an Diabetes Typ 1 erkrankten Kindes fiel mir dieses Buch auf. Vieles weist darauf hin, dass der jetzige weitverbreitete Zuckerkonsum an der Entstehung vieler Krankheiten (nicht nur Karies) zumindest mitbeteiligt ist, auch wenn das Buch klare Nachweise dafür schuldig bleibt. Die Infos, dass Fruchtzucker im Prinzip auch nicht besser ist und Zucker sich in vielen verarbeiteten Produkten versteckt, waren für mich nicht neu, wurden mit der Lektüre aber wieder ins Bewusstsein gebracht. Der Autor bemängelt zurecht, dass bisher ernährungsphysiologisch der Fokus eher auf einer Fettreduktion lag. Dass das Zuviel an Zucker im Körper aber von diesem in Fett umgewandelt wird, wurde oft außer Acht gelassen.

Laut Autor verzehrt ein deutsches Kind im Jahr mehr Süßigkeiten als es wiegt: 50,9 kg insgesamt. (Wow!!!) Zucker ist ein Politikum, ein riesiges Geschäft. Die Interessensverbände der Zuckerindustrie nehmen politisch Einfluss bei uns in Europa wie auch in den Ländern, aus denen dieser bezogen wird. In Deutschland wird

die Zuckerindustrie durch staatlich festgesetzte Garantiepreise, Subventionen und Exportbeihilfen mit Milliardenbeträgen gefördert.

Das Buch deckt auf, provoziert, benutzt aber (leider) z.T. eine pathetische Sprache, die ich nicht mag. Dennoch: Zucker ist ein spannendes Thema, das jede/n – nicht nur diejenigen die sich schwer tun, die Gummibärchen im Geschäft zu lassen – angeht.

Ich bin in meinem Ansatz, den Zuckergenuss weiter einzuschränken, auf jeden Fall bestärkt.

Adelheid Schulte-Bocholt



Disziplinarrecht für Ärzte und Zahnärzte

Verlag C.H. Beck 2013., Hrsg. Prof. Dr. med. Dr. jur. A. P.F. Ehlers, Autoren: Dr. Harald Hesral, Alexander Reinhold, Dr. Gernot Steinhilper, Karin Gräfin von Strachwitz-Helmstatt; 79 € ISBN 978-3-406-58905-8

Das in 2. Auflage erschienene Werk ist Teil der Reihe: C.H. Beck Medizinrecht und beschreibt das geltende Disziplinarrecht für Vertrags(zahn)ärzte. Disziplinar- und Zulassungsentziehungsverfahren im vertragsärztlichen und vertragszahnärztlichen Bereich haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Aufgrund einer

Vielzahl einschlägiger Disziplinarordnungen bzw. Satzungen sind die Regelungen aber nur schwer zu durchschauen.

Dieser Band soll für Durchblick sorgen. Es wendet sich in erster Linie an ein Fachpublikum bestehend aus Rechtsanwälten, Richtern, Vertrags(zahn)ärzten, und den Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Autoren – Richter und FachanwältInnen – sind ausgesprochene Fachleute.

Adelheid Schulte-Bocholt



Das Gesundheitssystem in Deutschland: Eine Einführung in Struktur und Funktionsweise
Verlag Hans Huber, 4. Auflage, 2013, Michael Simon; 29,95 € ISBN 978-3-456-84990-4

Einen Überblick über das deutsche Gesundheitswesen zu erhalten, scheint aufgrund der Komplexität und der ständigen Neuerungen nahezu unmöglich. Dieser Herausforderung hat sich der Autor Michael Simon gestellt und geht hierbei auf wesentliche Merkmale, wie Krankenversicherung, Pflegeformen und Versorgung ein. Die im Buch aufgeführten statistischen Erhebungen sowie Diagramme veranschaulichen die komplexen Inhalte und ermöglichen eine bessere Lesbarkeit. Je nach Interessenschwerpunkt bietet das Werk eine ideale Einführung für alle, die ihr Wissen rund um das Gesundheitswesen auffrischen oder vertiefen möchten.

Isabelle Erhardt



Meine Rechte als Patient – Ein Wegweiser durch das Gesundheitssystem

Verlag C.H. Beck, Hrsg. Der Paritätische, 3. Auflage, 2013, Prof. Dr. Kathrin Becker-Schwarze, Anette Drewes-Kirchhoff, Gerhard Wenzel; 4,90 € ISBN 978-3-406-64820-5

Eine 66 seitige DIN-A-4 Broschüre, die sich verständlich und übersichtlich beschäftigt mit Fragen wie:

- Auf welche Leistungen habe ich Anspruch?
- Wie funktioniert unser Gesundheitssystem?
- Worüber hat mich mein Arzt aufzuklären?
- Kann ich die Behandlungsunterlagen einsehen?
- Welche Zuzahlungen können auf mich zukommen? ...

Checklisten, Rechenbeispiele sowie Tipps zu der Frage: „Wo finde ich gute und sichere Informationen?“ runden den Inhalt ab.

Das Patientenrechtegesetz, das im Februar diesen Jahres in Kraft trat, ist in den Ausführungen berücksichtigt. Es ist aber kein expliziter Schwerpunkt, wie in unserer eigenen – gerade erschienenen – Broschüre.

Kurz und bündig: Eine lesenswerte Info und eine tatsächliche Hilfe, sich in unserem Gesundheitssystem zurecht zu finden. Auch stimmt das Preis-Leistungsverhältnis!

Adelheid Schulte-Bocholt

Das Forum

Ärger mit Krankenkassen

Das Team des Bürgeranwalts bekommt ja das ganze Jahr über viele Briefe und E-Mails, aber in den vergangenen Wochen quoll das Postfach regelrecht über. Es freut uns sehr, dass das Interesse an unserem Forum am 6. März zum Thema „Ärger mit Krankenkassen“ so groß ist. Um den Lesern einen umfassenden Service zu bieten, haben wir neben den Spezialisten für unser Podium (siehe unten) auch vier Einrichtungen gebeten, Infostände aufzubauen. An diesen können Sie, liebe Leser, sich weitergehende Informationen zu Ihren konkreten Problemen holen und sich Ansprechpartner vermitteln lassen.

Einen Infostand speziell zu Fragen die Gesetzlichen betreffend wird die AOK aufbauen. Am Stand der Verbraucherzentrale Bayern und an dem der

unabhängigen Patientenberatung „Der Gesundheitsladen“ finden Sie Rat und Hilfe bei Fragen und Problemen im Zusammenhang mit Krankenkassen – auch mit den privaten. Zudem wird der VDK mit einem Infostand vertreten sein.

Dank der großen Unterstützung durch die kompetenten Ansprechpartner wird es uns hoffentlich gelingen, Ihnen, liebe *tz*-Leser, weiterzuhelfen. Denn wie wir den Anmeldungen entnehmen können, sind die Probleme sehr vielfältig. So schreibt ein Leser für seinen Schwager, der sich in einem Teufelskreis befindet: Den Beitrag von 600 Euro monatlich für seine private Krankenkasse kann er nicht bezahlen. Die Kasse würde ihm zwar einen ermäßigten Tarif anbieten, aber nur, wenn er die Schulden der Vergangenheit be-

gleicht. Da er das nicht kann, erhöhen sie sich monatlich. Eine Dame, 82 Jahre alt, fühlt sich von ihrem Zahnarzt gängelt und klagt darüber, dass er eine Prothese fehlerhaft angefertigt hat. „Muss ich trotzdem zu ihm zurück?“ Helmut Forster ärgert die starren Regelungen zum Thema Krankengeldbezug, Paul Rauch und Dorothea Ladias klagen über zu schwere Rollstühle, mit denen sie nicht zurechtkommen. Und das sind nur ein paar der Probleme, um die es beim *tz*-Forum am 6. März gehen soll.

Sollten Sie es verpasst haben, sich anzumelden, können Sie uns noch eine E-Mail oder Postkarte schicken und einen der wenigen Restplätze ergattern (siehe Kasten ganz unten). Wir versuchen, alle Interessenten zu berücksichtigen und freuen uns auf Sie! svs

Veranstaltung „Ärger mit Krankenkassen“

Der Gesundheitsladen war bei der Veranstaltung des TZ-Bürgeranwalts sowohl auf dem Podium als auch mit einem Informationsstand für Ratsuchende vertreten.

Neben Peter Friemelt vom Gesundheitsladen diskutierten Herr Schurer (Direktor der AOK München), Frau Dr. Riffeser (Allgemein- und Sportärztin) und Herr Wegner (Verband der Privaten Krankenversicherer) auf dem Podium und beleuchteten das Thema „Ärger mit Krankenkassen“ aus unterschiedlichen Sichtweisen. Herr Friemelt vertrat hierbei die Patientensicht und schilderte die Problemlagen, mit denen Patienten im Gesundheitswesen konfrontiert sind.

Aber nicht nur auf dem Podium wurde diskutiert. Die Besucher brachten sich mit vielen Wortmeldungen und Beiträgen ein und hatten so die Möglichkeit, ihre Anliegen direkt vorzubringen. Es wurden viele Themen, die auch in der Patientenberatung oft nachgefragt werden, angesprochen. Auch Beschwerden wurden vorgetragen und sogar mögliche Lösungswege aufgezeigt. Angesprochen wurden beispielsweise Probleme mit Zahnersatz, Beitragsschulden, dem Basistarif in der Privaten Krankenversicherung und Unklarheiten bei der Beantragung von Fahrtkosten zur ambulanten Behandlung. Die Fragen wurden direkt an die ReferentInnen gestellt und entweder sofort oder im Anschluss beantwortet.

Der Abend ermöglichte den Betroffenen, ihre Schwierigkeiten mit Krankenkassen zu erläutern, Gehör zu finden und gegebenenfalls Unterstützung zu erhalten.

Das Angebot des Gesundheitsladens fand großen Anklang bei den Ratsuchenden.

Christina Krieger und Isabell Erhardt

Dr. Yannik Riffeser

Dr. Yannik Riffeser (53) ist Allgemeinärztin, Sportärztin, Lehrbeauftragte an der Ludwigs-Maximilians-Universität und bietet zudem psychosomatische Grundversorgung an. Die Mutter zweier Kinder praktiziert in München in der Praxis Dr. Grassl. Sie ärgert sich vor allem über die Budgetierung der Ärzte: „Wenn ich einem Patienten ein Antidepressivum verschreiben will, kann ich das nicht, sondern muss ihn zu einem Nervenarzt schicken. Das kostet unnötig Zeit und Geld.“



Robert Schurer

Robert Schurer ist Direktor der AOK München und deckt mit seiner Erfahrung ein großes Spektrum ab. Er nimmt an unserer Veranstaltung u. a. teil, weil es für ihn „eine Herausforderung ist, die Erwartungen der Versicherten zu kennen und zu erfüllen“. Zudem möchte er für den Erhalt und Ausbau der Gesundheitsversorgung, aber auch für Wirtschaftlichkeit kämpfen: „Die Gesundheitsversorgung wird nicht billiger werden, sie muss aber bezahlbar bleiben.“



Artikel aus der Münchener Tageszeitung (TZ) vom 1. Mai 2013: www.tz-online.de

Peter Friemelt

Peter Friemelt (53) kennt die Sorgen und Nöte der Patienten, da er sich seit Jahrzehnten damit beschäftigt. Er ist Diplom-Sozialpädagoge (FH) und Geschäftsführer des Gesundheitsladens München. Der Berater erzählt, dass die meisten Patienten bei ihm wegen Problemen mit dem Krankengeld anfragen. Ihn ärgert, wenn Kranke zwischen Ärzten und Krankenkassen hin- und hergeschoben werden, und dass Kassen genehmigungsfähige Anträge oft erst einmal ablehnen.



Jens Wegner

Jens Wegner ist Sprecher des Verbandes der Privaten Krankenversicherer und reist von Berlin an, um den Privatversicherten Rede und Antwort zu stehen. Seine Themen sind unter anderem Nachzahlungen von Beiträgen und der schwierige Wechsel von einer privaten in die gesetzliche Krankenkasse. Die privaten Versicherungen seien „eine unverzichtbare Säule im Gesundheitssystem“, betont Wegner.



Tod der Mutter - ein Bericht

Freitag, 04.11.2011:

Meine Mutter, eine 71jährige völlig gesunde und lebenslustige Rentnerin, hatte mittags einen Termin zur Dickdarmspiegelung und zur Entfernung eines Dickdarpolypen in der Praxis von Dr. XY. Aufgrund der Polypenentfernung sollte meine Mutter die folgende Nacht stationär im Belegkrankenhaus ABC verbringen, damit sie gut überwacht werden könnte.

Meine Mutter befand sich seit längeren in Behandlung von Dr. XY und wurde in längeren Zeitabständen regelmäßig zur Vorsorge endoskopierte. Da ich meine Mutter am Nachmittag nicht telefonisch erreichen konnte, rief ich die Station an, auf der meine Mutter lag. Eine Krankenschwester richtete mir aus, dass meine Mutter nach dem Aufwachen aus der Vollnarkose beim ersten Aufstehversuch einen Kreislaufzusammenbruch erlitten hatte und ohne Bewusstsein war. Ich machte mir große Sorgen und fuhr mit meinem Mann und meinem 3 Monate alten Sohn in die Klinik, wo wir gegen 19.00 Uhr eintrafen. Ich finde meine Mutter in einem sehr schlechten Zustand vor. Sie klagte über unerträgliche Bauch- und Rückenschmerzen. Sie bestätigte mir, auf den Weg zur Toilette ohnmächtig geworden zu sein und als sie einen Schluck Wasser oder Tee getrunken hat, habe sie sich sofort erbrochen. Ich wendete mich daraufhin an die zuständige Ärztin und erkläre ihr, dass ich der Meinung sei, dass sich bei meiner Mutter Komplikationen entwickelt haben. Aufgrund der hochgradigen Schmerzen würde ich davon ausgehen, dass bei meiner Mutter ein akutes Abdomen vorliegt, ausgelöst entweder durch eine Perforation des Dickdarms (Dickdarmdurchbruch) oder eine akute Bauchspeicheldentzündung. Auf diesen Umstand wies ich in unserem Gespräch mindestens 3x hin. Auch die Abfolge von Kreislaufzusammenbruch und Erbrechen deuten auf massive Komplikationen hin. Ich selbst bin Tierärztin und verfüge damit über medizinischen

Sachverstand. Die Ärztin berichtete mir, dass sie meine Mutter gründlich untersucht und eine Blutuntersuchung eingeleitet habe. Ihr Bauch sei beim Durchtasten weich und die Blutuntersuchung sei bis auf eine Hypoglykämie (Unterzuckerung) unauffällig. Sie führe den schlechten Kreislaufzustand und die Unterzuckerung darauf zurück, dass meine Mutter zu stark vor dem Eingriff abgeführt habe und jetzt seit



längerem nüchtern wäre. Die starken Bauchschmerzen würde sie durch die endoskopische Entfernung zweier großer Dickdarpolypen erklären. Angeblich hätte sie sich auch bei einem der Oberärzte rückversichert. Es wäre wirklich alles in Ordnung. Um 20.15 Uhr verließen wir die Klinik. Die Zimmernachbarin meiner Mutter berichtete später, dass meine Mutter die ganze Nacht weiterhin starke Schmerzen hatte.

Samstag, 05.11.2011:

Um 8.30 Uhr rief mich die Stationschwester an, dass es meiner Mutter seit 1.30 Uhr sehr schlecht gegangen wäre. Sie hatte am Morgen wieder einen Kreislaufzusammenbruch und würde nun auf die Intensivstation verlegt werden. Die Intensivstation würde mich dann weiter informieren. Die

Zimmernachbarin meiner Mutter berichtet später, dass die Verlegung auf die Intensivstation erst auf Drängen der Krankenschwester erfolgt wäre (nicht durch die Ärztin). Gegen 9.30 Uhr erhielt ich einen Anruf des zuständigen Arztes der Intensivstation. Dieser berichtete mir, dass meine Mutter einen Darmdurchbruch erlitten habe mit der Folge einer fulminanten Blutvergiftung, hochgradiger Gerinnungsstörung und Kreislaufkollaps. Sie würde mittags von Prof. Dr. DE operiert werden. Ich könne dann gegen 15.00 Uhr kommen. Gegen 15.00 sind wir in der Klinik. Meine Mutter ist noch in der Anästhesie. Wenig später werden wir dann zu meiner Mutter vorgelassen und bekommen eine genauere Erklärung des Sachverhaltes durch Dr. OP. Er erklärt mir, dass bei der Endoskopie das Colon ascendens (Dickdarmabschnitt) perforiert wurde und Bakterien in den Retroperitonealraum gelangt seien (Kompartmentsyndrom). Durch den Austritt der Bakterien liege eine schwere Sepsis (Blutvergiftung) vor. Das betroffenen Darmsegment wurde operativ entfernt und ein künstlicher Darmausgang gelegt. Der Darm sei aber insgesamt in einem sehr schlechten Zustand. Meine Mutter befände sich nun im künstlichen Koma und werde beatmet. Ihre Prognose sei sehr schlecht. Auch liege bereits eine Azotämie (Nierenversagen) vor.

Sonntag, 06.11.2011:

Um 7.45 Uhr rief Dr. OP an und teilt mit, dass es meiner Mutter schlechter ginge. Die Nieren hätten versagt und die Kreislauffunktion würde zunehmend schlechter. Gegen 10.00 Uhr kommen wir in der Klinik an und sprechen mit Prof. Dr. DE. Ich erkläre ihm meine Auffassung des Sachverhalts, dass meine Mutter bereits Freitagabend ein akutes Abdomen hatte (lebensbedrohlich erkrankt war) und ich dies mehrfach der diensthabenden Ärztin mitgeteilt habe und aus meiner Sicht bereits am Freitagabend weitere Diag-

nostik (Computertomographie des Bauches) hätte durchgeführt werden müssen, um die massiven Bauchschmerzen abzuklären. Prof. Dr. DE gab mir Recht. Jedenfalls wäre die Prognose meiner Mutter sehr schlecht (bei ca. 3 %). Der Darm sei insgesamt schon sehr nekrotisch (abgestorben). Er selbst habe ein solch fulminantes Krankheitsbild noch nie gesehen. Das drohende Leberversagen sei aber im Moment abgewendet und die Dialyse (Blutwäsche) begonnen. Evtl. wäre noch eine weitere Operation notwendig.

Wir waren bis 16.30 Uhr in der Klinik und veranlassen auch die Krankensalbung meiner Mutter. Ich erklärte Dr. OP, dass ich Herrn Dr. XY anzeigen werde und dass ich sicherstellen möchte, dass meine Mutter nach ihrem Ableben obduziert (untersucht) wird. Um 18.00 Uhr erhielten wir zu Hause einen Anruf von

Dr. OP, dass meine Mutter jetzt noch einmal operiert werden würde. Der ausgeleitete Bauchhöhlenerguss würde immer blutiger werden und der Bauchumfang meiner Mutter würde zunehmen. Ich stimmte dieser OP zu. Um 18.45 wurden wir von ihm informiert, dass meine Mutter keine Prognose mehr habe. Der gesamte Darm und die Magenwand wären abgestorben (nekrotisch) und die Leber fast nicht mehr durchblutet. Wir sollten zu einem Gespräch in die Klinik kommen. Um 20.00 Uhr kamen wir in der Klinik an. Wir entscheiden uns aufgrund dieser schlechten Prognose, dass die Kreislaufunterstützung und Hämodialyse (Nierenwäsche) reduziert bzw. abgesetzt wird, so dass meine Mutter versterben kann. Wir nahmen Abschied von meiner Mutter und wollen die Klinik verlassen. Zu diesem Zeitpunkt informierte

uns Dr. OP, dass der Leichnam meiner Mutter in die Rechtsmedizin überführt werden würde.

Wir gehen um 21.30 Uhr. Um 23.00 Uhr erhielt ich einen Anruf von Dr. OP, dass meine Mutter vor 15 Minuten verstorben sei.

Durch Zufall erfuhr ich von mindestens einer weiteren Patientin, die diese Problematik durch dieselben Behandler erlitt und nur mit schweren körperlichen Beeinträchtigungen überlebte. Wir möchten nun mit diesem Aufruf ergründen, ob es noch weitere Betroffene gibt.

Meine Kontaktadresse:

Astrid Wehner-Fleischberger
Email: astridwehner@web.de

Alle Informationen werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Neuer Vertrag mit der Stadt 2014 - 2016

Der derzeit bestehende Drei-Jahres-Vertrag mit der Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) läuft mit dem 31.12.2013 aus.

Ein erstes Verhandlungs-Gespräch mit zwei Vertreterinnen des RGU hat das Münchner Team kürzlich geführt, ein weiteres wird noch vor den Sommerferien stattfinden müssen. Auf der diesjährigen Mitglieder-Versammlung

haben wir unser Arbeitspensum transparent dargestellt. Die Zahlen sprechen für sich. Trotz allem Einsatz und stundenreichem ehrenamtlichem Einsatz, können mit dem derzeitigen Stunden-Kontingent mittel- und langfristig alle Anfragen nicht mehr aufgefangen werden. Das trifft insbesondere Anfragen an uns als ReferentInnen für externe Vorträge, Anfragen von Medien und - last aber ganz bestimmt nicht least - Anfragen von Ratsuchenden.

Die Vertragsverhandlungen sind bestimmt von Diskussionen zur Erhöhung des Zuschusses für Personal- aber auch für den Sachkosten-Bereich, z.B. die Raummiete.

Das Bild zeigt das Ergebnis unserer intensiven Vorbereitung auf die Vertragsgespräche. Kreativ und anregend unterstützt hat uns dabei unser Vorstands-Mitglied Pavlos Delkos. Dankeschön!



Das neue Gesetz zur Zwangsbehandlung von psychisch Kranken

Erst drei Wochen zuvor war das Gesetz in Kraft getreten, deshalb war das Interesse groß und der Saal überfüllt, als Rechtsanwalt Dr. Rolf Marschner am 12. März 2013 einen Vortrag hielt mit dem Titel „Die Neuregelung der Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht – was ändert sich für Patienten und Ärzte?“ Veranstalter war das Netzwerk Psychiatrie München e. V.

Die wichtigsten Regelungen zur Zwangsbehandlung, die Herr Marschner referierte, sind im folgenden kurz zusammengefasst. Sie ergeben sich nicht nur aus dem neuen Gesetz, sondern auch aus einigen weiterhin gültigen Vorgaben der obersten Gerichte Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof.

- Voraussetzung ist, dass der Betroffene krankheitsbedingt nicht einsichtsfähig ist. Das heißt, dass er nicht in der Lage ist, Sinn und Zweck einer Behandlung zu begreifen, ihre Vor- und Nachteile abzuwägen und eine rationale Entscheidung zu treffen, beispielsweise während einer psychotischen Krise.
- Weitere Voraussetzung: Mit der Zwangsbehandlung wird ein erheblicher gesundheitlicher Schaden abgewendet.
- Sie ist dann zulässig, wenn mit ihr das Ziel, die freie Willensbestimmung des Betroffenen wiederherzustellen, erreicht werden kann. Nicht zulässig ist sie dagegen zum Schutz Dritter, also bei Fremdgefährdung.
- Es gibt in gewissen Grenzen aber auch eine „Freiheit zur Krankheit“: der Betroffene muss die Möglichkeit haben, sich für eine Krankheit zu entscheiden, zumindest für eine leichtere, die nicht zwangsweise behandelt werden darf.

- Es muss vor der Zwangsbehandlung mit genügend Zeit und ohne Druck versucht worden sein, eine vertrauensbasierte Zustimmung des Betroffenen zur Behandlung zu erreichen. Dies gilt auch für den nicht einsichtsfähigen Betroffenen. Es genügt nicht, den Betroffenen vor die Alternative zu stellen: entweder er stimmt zu oder er wird gegen seinen Willen behandelt.
- Die Zumutbarkeit der Zwangsbehandlung muss vorher geprüft werden; ebenso müssen Alternativen geprüft werden, nicht nur me-



- dizinische, sondern alle Alternativen, die infrage kommen.
- Der mögliche Nutzen muss gegen die Risiken abgewogen werden. Zum Beispiel muss bedacht werden, dass eine Zwangsmaßnahme eine Traumatisierung hervorrufen kann, und es müssen die teilweise gravierenden Nebenwirkungen von Medikamenten bei der Abwägung berücksichtigt werden.
- Die Zwangsbehandlung muss rechtzeitig angekündigt werden; der Betroffene muss Gelegenheit haben, sich dagegen juristisch zu wehren.
- Der Betroffene muss vorher über die Wirkungen und Nebenwirkun-

- gen aufgeklärt werden, auch der Nicht-Einsichtsfähige!
- Der Betreuer muss vorher die Zwangsbehandlung mit dem Betroffenen besprechen, so wie bei jeder anderen Maßnahme auch. Dann muss er einen begründeten Antrag an das Betreuungsgericht stellen. Die Genehmigung des Gerichts bedeutet nicht, dass er die Maßnahme auch unbedingt durchführen muss.
- Eine Zwangsbehandlung ist nicht ohne vorherige gerichtliche Genehmigung möglich. Das Gericht muss den Betroffenen persönlich anhören; es muss einen Sachverständigen hinzuziehen, der nicht gleichzeitig der behandelnde Arzt sein darf, außer in extremen Ausnahmefällen. Und schließlich muss ein Verfahrenspfleger bestellt werden; das ist jemand, der ähnlich einem Anwalt dem Betroffenen im Verfahren beistehen soll.
- Eine vorläufige Anordnung einer Zwangsbehandlung durch den Richter, bevor ein Betreuer bestellt worden ist, ist nicht zulässig. Nur der Betreuer kann sie beantragen.
- Allerdings ist bei einem gravierenden Notfall ein unverzügliches Handeln der Ärzte gestattet, z. B. bei akuter Lebensgefahr.
- Eine Zwangsbehandlung ist nur im Rahmen einer Zwangsunterbringung zulässig, sonst nicht, also nicht ambulant und auch nicht in einer offenen Einrichtung.
- Die Dauer der Zwangsbehandlung darf nicht mehr als sechs Wochen betragen, eine Verlängerung muss eigens vom Gericht angeordnet werden.

Rudolf Winzen

Eine ausführlichere Zusammenfassung des Vortrags finden Sie bei www.netzm.de unter „Downloads“.

Tag gegen Lärm am 24. April 2013

Es gab wieder ein umfangreiches Programm. Wir haben einige Führungen und Veranstaltungen (mit-)organisiert.

Hier ein kleiner Eindruck. Ausführlichere Berichte gibt es auf unserer Webseite www.gl-m.de.

Wir bedanken uns bei allen Mitmachern und Unterstützern.

Bus-Exkursion Lärmschutz konkret:

Ein großer Beitrag zum Tag gegen Lärm war die gemeinsam mit dem Münchner Forum organisierte und vom Arbeitsring Lärm der Deutschen Gesellschaft für Akustik finanzierte Exkursion. Ziel war es, den Teilnehmern die verschiedenen Möglichkeiten von Schutz vor Verkehrslärm vorzustellen und sie fit zu machen für die weitere Diskussion des Lärmaktionsplans der Stadt München, der 10 Tage später im Umweltausschuss behandelt wurde.

Zentrale Veranstaltung in der Ratstrinkstube im Rathaus

Dieses Jahr bot uns der Fachdienst Arbeitssicherheit der Stadt München die Chance, diesen prominenten Ort zu nutzen, was wir gern annahmen. Zwar ist der Raum akustisch sehr schwierig, aber so konnten wir an zentraler Stelle nicht nur Infostände, Gespräche und Hörtests anbieten, sondern auch Vorträge.

Herzlicher Dank geht an den Schwerhörigenverein, der uns eine Induktionsschleife einbaute. So waren für die



Verkehrslärm abschirmen. Oben: Riegelbebauung zwischen Mittlerem Ring und Innenhof. Unten: eine begrünte Lärmschutzwand. Das ist nicht überall möglich. Verkehrslärm reduzieren: Anwohner haben Tempo 30 erkämpft.



Leben hinter verglasten Balkonen, selbst auf der Hofseite. Der Lärm des Mittleren Rings hat dieses Haus fest im Griff.



Tunnel sind teuer, Schallschutz am Haus wirkt nur in der Wohnung, Flüsterasphalt ist nur auf wenigen Straßenabschnitten sinnvoll, leisere Fahrzeuge wären prima, darauf hat die Stadt aber keinen Einfluss.

Es bleibt: Tempo-Limits sind rasch umsetzbare, billige Maßnahmen und wir verstehen nicht, warum die Stadt hier nicht mehr tut.

Dazu möchten wir nochmal auf die Europäische Bürgerinitiative "30km/h – macht die Straßen lebenswert!" hinweisen.

Unterschreiben kann man über www.30kmh.de



Infos gab es an den Tischen, bei Ausstellungen, Hörtests und Vorträgen.



Hörgeräteträger die Vorträge verständlich. Eine Wand aus Akustikelementen schirmte den Vortragsbereich ab.

Das gut besuchte Vortragsprogramm bot Informationen zu den Themen:

- Grundlagen von Schall und Lärm
- Wie man Hörschäden verhindert (auch im Arbeitsbereich)
- Wie man mit Schwerhörigkeit lebt und das Sprachverständnis verbessern kann
- Wie man die Versorgung mit Hörgeräten finanziert bekommt
- Welche Therapien es für dekompenzierten Tinnitus gibt

- Wie man die Europäische Bürgerinitiative "30km/h – macht die Straßen lebenswert!" unterstützen kann.

Gut besucht waren auch die kostenlosen Hörtests.

Allgemeine Fragen und Beschwerden über Lärm konnte man zur Bürgersprechstunde des RGU mitbringen.

Zu Freizeitlärm war eine Ausstellung vom Landesamt für Umweltschutz bereitgestellt worden.

„Was tun gegen Verkehrslärm“ griff die Radlausstellung der Stadt auf, dazu gab es Radlkarten und ADFC-Programme. Die Lärmkarte und der Entwurf zum Lärmaktionsplan von München lagen bereit.

Interessant waren die psychoakustischen Experimente. Besonders die Demonstration, wie ein Mensch mit Cochlea-Implantat hört, geht mir noch immer im Kopf herum. Zum Einen, weil dabei so viel an feinen akustischen Informationen verloren geht, zum Anderen, weil ich immer noch nicht recht glauben kann, dass man trotzdem mit schabigen 4-8 Frequenzkanälen Sprache versteht, wenn auch ohne feine Modulationen und Dialektfärbung.

GPB



Fachveranstaltung „Akustik macht Schule“

Seit vielen Jahren ein Thema – Wie bekommen wir in Kindergärten und Schulen eine anständige Akustik hin, die folgende Anforderungen erfüllt:

- Der Grenzwert von 55 dB(A) für Arbeitsplätze mit überwiegend geistiger Tätigkeiten wird eingehalten.
- Die Sprache - das wichtigste Mittel im Unterricht - ist für alle Beteiligten optimal zu verstehen.

- Inklusion und Integration ist möglich, da auch schwerhörige Kinder und Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache bestmöglich verstehen können.

Erfreulicherweise waren bei der Veranstaltung in der Grundschule Haimhauserstraße nicht nur Lehrkräfte, sondern auch Eltern und Elternbeiräte, Mitarbeiter von Schul- und Baureferat, eine HNO-Ärztin und Hörgeräteakustiker anwesend.

Beeindruckend waren nicht nur die Referate und die klaren Aussagen, was Kinder und Lehrer im modernen Schulunterricht brauchen, sondern auch die Veranstaltungsräume selbst:

Einem normalen Klassenzimmer mit der üblichen Akustik (wo die Schüler in der letzten Reihe nichts mehr verstehen und sich langweilen) stand der Raum der Uni-Klasse gegenüber, für Lehrversuche optimiert, der auch gern

von der Schule selbst genutzt wird, wenn er frei ist.

Was nicht nur die Lehrkräfte und Kinder spüren, merkten auch unsere Teilnehmer: Zuhören und Verstehen in guter Akustik ist um vieles leichter und weniger anstrengend. So hoffen wir, dass die Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind und wir einer Änderung in den Bauvorschriften für Bildungsstätten näher kommen.

BLLV Fazit: Eine gute Raumakustik nützt...

...den Kindern !

Je größer die Probleme, z.B. Fremdsprache, Lernbehinderungen, ADHS, umso mehr

...den Lehrern !

Konzentrierteres Arbeiten bei geringerer Belastung, individuelleres Eingehen auf Schüler möglich.

...den Eltern und Steuerzahlern !

Bessere Lernbedingungen, weniger Unterrichtsausfall, geringere Kosten durch Frühpensionierungen.

Große Unterstützung bekamen wir durch unsere Praktikantinnen Isabelle und Anna





Festakt zum 10-jährigen Jubiläum der Psychotherapeutenkammer Bayern

Am 26. April fand im Gasteig die Festveranstaltung anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Psychotherapeutenkammer (PTK) Bayern statt. Das Interesse an der Veranstaltung war groß. Neben ca. 600 Kammermitgliedern, Verbands-



vorsitzenden und einer Vielzahl von Ehren-

gästen nahmen auch Amts- und Mandatsträger aus Politik und Gesundheitswesen wie Wissenschaftsminister Dr. Heubisch oder die bayerische Patientenbeauftragte Frau Dr. Hartl teil.

Die PTK ist die jüngste der bayerischen Heilberufe-Kammern. Bis zur staatlichen Anerkennung der Berufe Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten als eigenständige akademische Heilberufe war es ein langer Weg. Rechtsgrundlage für die Arbeit der Kammer sind zwei Gesetze: Das Psychotherapeutengesetz, welches am 1.1.1999 in Kraft trat und das Heilberufe-Kammergesetz, welches am 01.01.2002 in Kraft trat.

Die Kammer vertritt diese Berufsgruppen und übernimmt noch weitere Aufgaben wie Berufsaufsicht, verantwort-

liche Mitwirkung an der Gesundheitsversorgung, Förderung und Regelung der psychotherapeutischen Fort- und Weiterbildung, Förderung von Nachwuchs und Ausbildung, Förderung der wissenschaftlichen Weiterentwicklung der Psychotherapie.

In der Patientenberatung sind wir immer wieder mit Fragen rund um das Thema Psychotherapie konfrontiert, beispielsweise mit Beschwerden über



Psychotherapeuten oder auch mit dem Problem, dass Ratsuchende keinen Platz

bei einem niedergelassenen Therapeuten finden können. Gerade das Thema Berufsaufsicht und die Versorgungssituation sind damit wichtige Themen in unserem Beratungsalltag.

Nach dem Festakt bestand für uns noch die Möglichkeit, sich mit dem Vorstand der PTK über solche Themen auszutauschen.

Zu Beginn des Festakts sprach Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch die Grußworte und überbrachte die Glückwünsche des Ministerpräsidenten und der Bayerischen Staatsregierung. Ministerialdirektor Michael Hö-



henberger erinnerte an die Bedeutung des Psychotherapeutengesetzes, das das Berufsbild der Psychotherapeuten aus der 'Esoterik-Ecke' geholt hat. Kammerpräsident Dr. Nikolaus Melcop streifte in seinem Vortrag zunächst kurz durch die historische Vorgeschichte in der Entwicklung des Berufsstandes und richtete dann den Blick in die Zukunft der Kammer.

Den Festvortrag hielt Prof. Dirk Revenstorf, Universität Tübingen, mit dem Titel „Liebe, Narzissmus und Psychotherapie in der Postmoderne“. Es ging um die postmoderne Beziehungskultur, die sich charakterisiert durch unbegrenzte persönliche Freiheit, eine von Peinlichkeit und Prüderie befreite Sexualität,

ungezwungenes Körperbewusstsein und unbefangenes Streben nach Glück. Das Vortragsthema schien etwas gewagt, war auf jeden Fall sehr unterhaltsam und praxisnah

gestaltet, so dass jeder Zuhörer



etwas für sich mitnehmen konnte. Auch wir gratulieren zum 10-jährigen Bestehen und freuen uns auf einen weiterhin konstruktiven Dialog mit der PTK.



Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD
Beratungsstelle
München für
Oberbayern

TERMINE 2013

Außenberatung in Rosenheim

10.06.13

08.07.13

jeweils 14-17 Uhr Beratung,
Klepperpark 18, Rosenheim

Tel: 08031 20 877 93

Fortbildung „Krankengeld“ und mehr

Sehr viele Ratsuchende wenden sich mit Fragen rund das Thema „Krankengeld“ an uns. Es ist inzwischen seit Jahren ein „Dauerbrenner“ in unserem Beratungsalltag. Umso wichtiger ist es, dazu auf dem Laufenden zu sein. Im April fand daher in Kassel eine zweitägige UPD-Fortbildung mit dem Titel „Kranken-

geld und mehr – Wissen und Praxis für den Beratungsalltag“ für das psychosoziale Kompetenzfeld statt.

Wir beschäftigten uns unter anderem mit Fragen zur Einstellung und Aussteuerung des Krankengeldes, Lücken bei der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung sowie mit der Aufforderung zur medizinischen Rehabilitation gemäß § 51 SGB V. In den zwei Tagen ging es auch um allgemeine sozialrechtliche Grundlagen, die bei Beratungen zum Themenkomplex „Krankengeld“ wichtig sind: die Mitwirkungspflichten

des Versicherten, Fragen zum Verwaltungsakt, Wahl der Rehaklinik, Zuständigkeitsklärung der Kostenträger der Rehabilitation.

Wissensvermittlung und Fortbildung sind grundlegend um den Ratsuchenden auch zukünftig neutrale und qualitätsgesicherte Informationen zur Verfügung zu stellen. Es ist uns daher ein gro-



bes Anliegen, uns in diesem Themenbereich kontinuierlich fort- und weiterzubilden.

Presseerklärung des vdäÄ zum Antrag des Vorstandes der Bundesärztekammer zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung

Unsozial und unausgegoren

23. April 2013

Im Namen der deutschen Ärzteschaft hat die Bundesärztekammer ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung des dualen Krankenversicherungssystems in Deutschland vorgelegt. Allein schon diese Tatsache verwundert: Bei dem Papier handelt es sich um einen Antrag der Vorstands der Bundesärztekammer für den deutschen Ärztetag, der vom 28. bis 31. Mai in Hannover stattfinden wird. Es ist äußerst ungewöhnlich und befremdlich, dass dieser Antragsentwurf – bevor er überhaupt in der Ärzteschaft diskutiert wurde – schon heute als Meinung der deutschen Ärzteschaft an die Presse gegeben wird.

Dabei wäre eine gründliche Vordiskussion dieses Entwurfs dringend erforderlich gewesen, denn das dürftige Gutachten von Thomas Drabinski, Leiter des Kieler Instituts für Mikrodaten-Analyse (IfMDA), ist voll von Widersprüchen und Unklarheiten: Zunächst bleibt unverständlich, warum gerade zu Zeiten eines Milliardenüberschusses im Gesundheitsfonds bei gleichzeitig exorbitant steigenden Tarifen der PKV das PKV-Modell mit Kapitaldeckung als zukunftsrichtig propagiert wird. Es gehört schon ein be-

sonderes Verständnis vom Kapitalmarkt dazu, mitten in einer weltweiten Finanzkrise die Kapitaldeckung als zukunftsweisend zu propagieren. Es bleibt ein Geheimnis des Vorstandes, weshalb ein solches System nachhaltiger als ein umlagefinanziertes sein soll.

Das im Entwurf der BÄK vorgeschlagene Modell einer Kopfpauschale wurde inzwischen sogar schon von deren Erfinderin, der CDU, ad acta gelegt. Interessant am Entwurf ist dabei nur, dass alle erwerbsfähigen Erwachsenen, also auch nicht berufstätige Ehepartner, beitragspflichtig werden sollen, also der Versicherungsbeitrag in vielen Familien schlichtweg verdoppelt werden soll. Die Beitragsbemessungsgrundlage soll sich auf alle Einkommensarten beziehen, was bei einer einheitlichen Kopfpauschale wenig Sinn macht. Es bedeutet aber, dass Versicherte mit niedrigem Einkommen benachteiligt werden, denn die Belastung durch den Versicherungsbeitrag muss mehr als 9% des gesamten Haushaltseinkommens betragen, bevor der geplante soziale Ausgleich greifen soll. Die Gutverdienenden, deren Lohnneinkommen an der Versicherungspflichtgrenze liegt, werden so

allerdings leichter in die PKV wechseln können.

Simple Grundlagen des Versicherungsrechtes wie die Versicherungspflichtgrenze werden in dem Entwurf nicht einmal erwähnt. Dieser Entwurf soll die Zweiklassenmedizin in Deutschland zementieren. Er belastet die Versicherten, entlastet die Arbeitgeber und die Ärzteschaft soll davon profitieren. Am dualen Krankenversicherungssystem mit allen seinen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten und mangelnder Qualität soll unverändert festgehalten werden.

Es kann nur als peinlich empfunden werden, wenn der Vorstand der Bundesärztekammer, der noch vor wenigen Monaten die Abschaffung der Praxisgebühr begeistert begrüßt hatte, heute wieder mehr Selbstbeteiligung der Patienten einfordert. Die umstrittene Forderung nach höherer Selbstbeteiligung, Wahlтарifen und Kostenersatzung vernachlässigt die sozialen Determinanten und Zusammenhänge, die der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen zugrunde liegen. Als Begründung für die notwendigen Änderungen wird wieder einmal die »Vollkaskomentalität« der Versicherten angeführt.

Warum es aber diese Mentalität nicht bei der Kostenerstattung geben soll, bleibt Geheimnis des Vorstandes der Bundesärztekammer. Natürlich hat eine höhere Selbstbeteiligung der Patienten eine steuernde Wirkung, nur konnte immer wieder gezeigt werden, dass gerade notwendige Behandlungen durch steigende Selbstbeteiligung unterbleiben. Sie steuert also in die falsche Richtung.

Zusammenfassend stellt der vdäÄ fest, dass der vorliegende Entwurf keineswegs den Vorschlag der deutschen Ärzteschaft darstellt, es handelt sich lediglich um einen Antrag für den kommenden Ärztetag. Dieser ist unsozial, unausgegoren soll die Position der Arbeitgeber und der Versicherungswirtschaft festigen und dabei der Ärzteschaft weiterhin Einnahmen aus der PKV sichern.

Die Delegierten des vdäÄ werden diesen Antrag, der auf die Verteidigung der deutschen Zweiklassenmedizin abzielt, ablehnen.

Prof. Wulf Dietrich
(Vorsitzender des vdäÄ)

verein demokratischer ärztinnen und ärzte



GESUNDHEIT braucht POLITIK

ZEITSCHRIFT FÜR EINE SOZIALE MEDIZIN Nr. 1/2013 | Selbstzug 5 Euro | ISSN 2194-0238



Es geht auch anders!

Leuchttürme einer sozialen Medizin

Norja Rekowski: »Gesundheit in Zeiten der Krise – über eine Delegation von vollen und teilweisen Verantwortung.«
Grußwort: 5, 4

Phil Dietrich / M. Schneider: »Vom Mediziner zur Politik. Über die Ergebnisse einer Fortbildung Mission.«
5, 8

Christoph Lorenz: »Offensive: Neue Medizin. Über das Gesundheitsrecht.«
12, 1

Wirklich empfehlenswert: die neue Ausgabe des VdÄÄ Rundbriefes - die Zeitschrift für eine soziale Medizin.

http://www.vdaeae.de/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=43&Itemid=68

BAGP-Rundbrief 1.13

BAGP-Treffen in München

Zum diesjährigen Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP) am 3. und 4. Mai lud der Gesundheitsladen München die anderen Mitglieder aus Barnstorf, Bielefeld, Hamburg, Köln, Nürnberg und Tübingen nach München ein.

Wichtige Beschlüsse wurden gefasst: Die BAGP setzt sich unter dem Motto „Wir machen aus Patientenberatung Politik“ ua. für Patientenrechte, Patientenvertretung und ein solidarisches Gesundheitswesen ein.

Da die Landesausschüsse der PatientInnenbeteiligung in den Bundesländern unterschiedlich aufgestellt sind, will die BAGP Workshops organisieren.

Am Samstagmittag zeigte sich München von seiner schönen Seite, so dass wir den Bericht von Michael Bialek über die E-Card auf einer Bank im Grünen lauschten.

Die BAGP bleibt dabei die geplante Telematikinfrastruktur kritisch zu betrachten.

Die bisherigen SprecherInnen **Gregor Bornes und Carola Sraier** (2. und 3. v.l.) wurden im Amt bestätigt.



Neues:

Webauftritt

Die BAGP hat einen neuen sehr ansprechenden webauftritt. Wen's interessiert, der möge sich selbst einen Eindruck verschaffen unter dem link: www.bagp.de.



Stellung genommen

Die Stellungnahme der BAGP zur Anhörung Korruption im Gesundheitswesen anlässlich der Anhörung im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages am 17.04.2013, finden Sie unter: <http://www.bagp.de/bagp/medien>.



Patientenrechte-Broschüre

Ab sofort ist in jeder BAGP Stelle die Neuauflage der Patientenrechte/Ärztepflichtenbroschüre zu erhalten, für 3,- € + 1,-€ Versand.



Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 7 25 04 74

web: www.bagp.de
mail: mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



**B
A
G
P
Kurziprofil**

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.